

Handyverbot an der Schule – veraltet?

Balinger Gymnasium setzt auf Prävention

An französischen Schulen gilt schon seit Jahren ein vollständiges Verbot der mobilen Geräte – Schulsprecher und Rektorin äußern sich

Von Robin Irmischer

BALINGEN - In Baden-Württemberg können die Schulen zurzeit selbst entscheiden, wie sie mit Handys im Unterricht oder im Schulhof umgehen. Zwar dürfen sie den Schülern nicht verbieten, ihre Handys mitzubringen, auf dem Schulgelände vieler Schulen müssen die Geräte jedoch abgeschaltet werden, oder dürfen zumindest nicht benutzt werden. Die Gründe dafür sind vielseitig: Wenn Schüler ihre Smartphones frei benutzen können, hat das Schulpersonal keinen Überblick darüber, welche Inhalte während der Schulzeit über die Geräte konsumiert werden. Das macht es den Schulen schwer, die Schüler vor verstörenden Inhalten oder negativen Erfahrungen im Internet zu schützen.

Laut der JIM-Studie (Jugend, Information, Medien) des medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest, die jährlich die Mediennutzung der 12 bis 19-Jährigen in Deutschland erhebt, sind jedes dritte Mädchen und jeder vierte Junge im Internet schon einmal sexuell belästigt worden. 58 Prozent der befragten Jugendlichen geben an, schon einmal mit Fake News in Kontakt gekommen zu sein und zwei von fünf mit extremen politischen Ansichten, Verschwörungstheorien oder Hassbotschaften. Auch dass die Handys die Privatsphäre von Schülern und Lehrern gefährden, weil damit unbefugte Bilder und Videos aufgenommen werden können, wird häufig als Argument gegen die Handynutzung an der Schule angeführt, ebenso wie das Cybermobbing. Ist es also berechtigt, die Geräte zu verbieten?

Dr. Jörg Stratmann ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule in Weingarten. Ein vollständiges Handyverbot hält er für kontraproduktiv. „Die Aussage darf nicht sein, dass die Nutzung von Smartphones an Schulen so viele Probleme macht, dass man sie vollständig verbietet“, so der Experte. „Das kommt der Realität der Lebenswelt der Schüler nicht

entgegen“. Laut ihm können Handys durchaus sinnvoll an der Schule genutzt werden, wenn ausreichend geregelt ist, wie. Er sieht es als die Aufgabe der Schulen, den Jugendlichen einen souveränen, verantwortungsbewussten und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln. Viele Schüler würden sonst von der Schule gehen ohne Kompetenzen, die für das Leben in einer zunehmend digitalisierten Welt unbedingt notwendig sind.

„Ein komplettes Handyverbot kommt der Realität der Lebenswelt der Schüler nicht entgegen.“

Dr. Jörg Stratmann,
Professor für Erziehungswissenschaft

Bereits während der Schulzeit könnten viele der negativen Erfahrungen, die Schüler mit dem Internet und den sozialen Medien machen, durch ausreichende Aufklärung vermieden werden. Gerade Probleme wie das Cybermobbing von Mitschülern seien oft darauf zurückzuführen, dass die Täter sich des Ausmaßes des Schadens, den sie anrichten, gar nicht bewusst sind und keine Ahnung haben, welche Rechte sie verletzen. „Medienkompetenz hat auch etwas mit Zivilcourage zu tun“, sagt Stratmann zum Thema Cybermobbing.

Schulklassen müssten in so einem Fall zu den Betroffenen halten und gemeinsam ein Zeichen gegen die Aggressoren setzen. Auch Fake News als solche zu erkennen, sollte im Idealfall an der Schule vermittelt werden. Laut Stratmann kann Medienkonsum dann schädlich werden, wenn die Nutzung unreflektiert und einseitig stattfindet. Entsprechend sollten Schulen ihren Schülern die Kompetenzen mit auf den Weg geben, selbst zu merken, wenn sie zu viel Zeit mit einer bestimmten App verbringen.

Zur Vermittlung von Medienkompetenz an Schulen hat die Kultusministerkonferenz im Jah-

re 2016 eine umfassende Strategie ausgearbeitet. Laut dieser soll Medienbildung nicht zu einem eigenen Schulfach, sondern in jedes bestehende Unterrichtsfach mit einbezogen werden. Lehrkräfte sollen demnach über allgemeine Medienkompetenz verfügen. Laut Stratmann können dabei selbst ältere oder technisch nicht allzu versierte Lehrkräfte einen Beitrag leisten, etwa durch Vermittlung von Quellenkritik.

Dennoch ist die Strategie der Kultusministerkonferenz nicht ohne weitere Schwierigkeiten umzusetzen: Lehrkräfte müssten sich zusätzlich zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts damit beschäftigen, wie sie ihren Schülern Medienkompetenz am besten vermitteln. Obwohl sie zu meist ohnehin schon unter großem Zeitdruck stehen, weil es in Deutschland insgesamt zu wenig Lehrkräfte gibt. „Die Politik muss intelligente Lösungen finden und überlegen, wie das System so gestaltet werden kann, dass mehr Möglichkeiten für und Bereitschaft unter den Lehrkräften bestehen, sich auf die Vermittlung von Medienkompetenz vorzubereiten“.

Am Gymnasium Balingen spielt das Thema Medienkompetenz bereits jetzt schon eine große Rolle. Zwar verbietet die Medienordnung des Hauses die Nutzung digitaler Geräte auf großen Teilen des Schulgeländes, in ausgewiesenen Bereichen, wie dem „Handy-Hof“ dürfen die Schüler ihre Geräte jedoch frei benutzen. Laut Schulleiterin Michaela Mühlebach-Westfal sei ein Handyverbot keine Lösung für Probleme wie das Cybermobbing. Der größte Teil davon würde ohnehin im privaten Raum ablaufen, wie auch Mitglieder der Schülermitverantwortung auf Nachfrage bestätigten.

Auch der Schutz der Schüler vor negativen Inhalten sei nicht einfach durch ein Verbot zu gewährleisten. Viele Schüler hätten Apps auf ihren Handys, für die sie offiziell noch zu jung sind und das unabhängig davon, ob sie ihr Handy nun an der Schule nutzen dürfen oder nicht. Statt-

dessen setzt die Schule auf präventive Maßnahmen. Bereits seit einigen Jahren gibt es regelmäßige Expertenvorträge für die Eltern, sowie Infoveranstaltungen der Polizei. Die Schüler des Gymnasiums werden in jeder Klassenstufe von der Polizei besucht und altersgerecht über Themen wie Privatsphäre, Datenschutz und Sicherheit im Netz informiert. Zurzeit arbeitet das Gymnasium außerdem an einem umfassenderen Medienpräventionskonzept in Kooperation mit dem Kreis- und Landesmedienzentrum.

Es soll den Schülern näherbringen, warum manche Apps wie Instagram oder WhatsApp Altersbeschränkungen, teilweise sogar bis zu 16 Jahren haben, was bei der Nutzung von Sozialen Medien und Messengern zu beachten ist, um sich selbst zu schützen, sowie über die Folgen des Cybermobbings aufklären.

Bei der Ausarbeitung des Konzeptes sollen auch die Schüler mit einbezogen werden. Dafür gibt es seit diesem Schuljahr einen speziellen SMV-Arbeitskreis, der die Wünsche, Kritik und Anregungen der Schüler zum Umgang mit Medien an der Schule sammelt und zusammenfasst. Vincent Tröger ist in der 12. Klasse und Schülersprecher des Gymnasiums. Laut ihm wünsche man sich vor allem, dass in Zukunft nicht mehr dieselben Regeln für alle Klassenstufen gelten. Gerade für die älteren Kursstufenschüler sollte es nicht so strenge Verbote geben, wie für Schüler in jüngeren Klassen. Für gut befunde der Arbeitskreis, dass es außerhalb des Unterrichts keinen unbeschränkten Zugang zum WLAN der Schule gebe.

Denn so können die Schüler die Handys auf dem Handyhof nutzen, um mit den Eltern zu schreiben oder zu telefonieren, aber ihre Pause nicht im Internet verschwenden. Im laufenden Schuljahr soll im Rahmen des Konzeptes auch die Medienordnung der Schule überarbeitet werden. Ob die Regeln zur Handynutzung außerhalb des Handyhofs gelockert werden, ist jedoch noch nicht entschieden.